

türkei infodienst

NR. 83

ERSCHEINT 14-TÄGIG

4. JUNI 1984

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

22.05.84 Ahmet Acartürk, Avni Yılmaz, Cetin Celik, Halil Öter, Irfan Oktay, Mehmet Soyadlar, Mustafa Uysal, Oktay Talat, Orhan Sagcan, Osman Zeybek, Süleyman Oktay, Sadi Yurdu-sev, Ugur Sümer in Izmir

Es handelt sich um das Verfahren gegen 191 Angeklagte der Gruppe Dev-Yol aus Usak (s. Prozesse).

29.05.84 Yasar Yildiz, Ali Türker Eryilmaz, Selahattin Sancakli, Ihsan Bakir, Ilkay Erhan Cinar, Baki Ceylan, Necati Kinalli in Istanbul

Es handelt sich um ein Verfahren gegen TIKKO (s. Prozesse).

01.06.84 Hüseyin Yılmaz Keser in Adana (THKP/C-Acilciler)

02.06.84 Halil Gündogan, Mehmet Dal, Adil Sahin, Binali Sahin, Hidir Uludag, Turan Parlak, Ahmet Saydan, Ibrahim Kaygulu, H.Hüseyin Catalkaya, Murat Saskal in Istanbul

Es handelt sich hier um den TIKKO-Prozeß Nr. 2 (vgl. Prozesse).

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes im Dezember 1978 wurden in der Türkei 377 Todesstrafen verhängt.

Bestätigungen

Tercüman vom 26.05.1984

Todesstrafe gegen Berkin wurde mit der Mehrheit einer Stimme angenommen

In einer Sitzung des Rechtsausschusses wurde über die Todesstrafe von Feridun Ihsan Berkin und die im Gesetzentwurf des Ministerpräsidiums vorgesehene Hinrichtung beraten. Die Entscheidung erfolgte mit 8:7 für eine Hinrichtung, wobei 6 Abgeordnete der HP dagegen, einer dafür stimmte. Die weitere Gegenstimme stammte von einem MDP-Abgeordneten. F.I.Berkin wird die Entführung des TIKKO-Militanten Orhan Bekir aus dem Militärgefängnis in Izmir zur Last gelegt.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

23.05.84 2 Linke in Istanbul
26.05.84 7 Linke in Ankara

Vor den Gerichten der Türkei wurden seit dem 12.09.80 in 5.984 Fällen die Todesstrafe gefordert.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 19.05.1984

Das KIP-Verfahren: 153 mal Strafe, 403 Freisprüche

Vor dem Militärgericht in Diyarbakir ging der seit 3,5 Jahren andauernde Prozeß gegen die Arbeiterpartei von Kurdistan (KIP) zu Ende. Von den 775 Angeklagten wurden 405 freigesprochen und 153 zu verschiedenen Strafen verurteilt. Für 24 Angeklagte erkannte das Gericht auf Nichtzuständigkeit, bei 15 Angeklagten wurde das Verfahren ausgesetzt, für 11 Angeklagten wurden die Verfahren abgetrennt, gegen 6 Angeklagte die Verfahren eingestellt und das Verfahren von 1 Angeklagten wurde abgelehnt. Unter den Verurteilten befindet sich auch der durch ai betreute Pasa Uzun, der zu einer Strafe von 16 Jahren verurteilt wurde.

Cumhuriyet vom 19.05.1984

Mehdi Zana verurteilt

Der ehemalige Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, der im vergangenen Jahr im Özgürlük Yolu-Verfahren zu einer Strafe von 24 Jahren verurteilt worden war, hat nun wegen Rufens von separatistischen Parolen und Beleidigung des Gerichtes bei der Urteilsverkündung eine zusätzliche Strafe von 7 Jahren, 8 Monaten bekommen. Die Verurteilung erfolgte durch das Militärgericht Nr. 2 in Diyarbakir.

Cumhuriyet vom 19.05.1984

DHB-Prozeß: 38 Verurteilungen

In einem Prozeß gegen 69 Angeklagte der Devrimci Halkin Birligi vor dem Militärgericht in Istanbul wurden 28 Angeklagte freigesprochen. 38 Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 3 und 16 Jahren verurteilt. Die Akten von 2 Angeklagten, die nicht aufgefunden werden konnten, sowie einem inzwischen verstorbenen Angeklagten, Mustafa Tepeli, wurden abgetrennt.

Cumhuriyet vom 19.05.1984

3 Freisprüche und eine Verurteilung

In Prozessen vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wurde der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Toktamis Ates, die verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift Varlik, Filiz Nayir Deniztekin, sowie Erol Toy und Hayati Asilyazici von der Zeitschrift Somut freigesprochen.

Der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift Urün, Ahmet Tastan, wurde zu einer Strafe von 1 Jahr und 6 Monaten verurteilt, weil er den Kommunismus gelobt haben soll.

Hürriyet vom 20.05.1984

4 Haftentlassungen im DISK-Verfahren

Im DISK-Verfahren wurde die Haftentlassung von 4 wei-

teren Angeklagten, die unter Todesstrafe angeklagt sind, angeordnet. Damit sind in dem Verfahren mit 148 Angeklagten, gegen die in 74 Fällen die Todesstrafe gefordert wird, noch 8 Personen in Haft.

Tercüman vom 20.05.1984

Gegen 10 Funktionäre der Anwaltskammer wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet

Gegen 10 Funktionäre der Anwaltskammer Istanbul, die den ehemaligen Vorsitzenden der Anwaltskammer nicht seines Dienstes enthoben, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es handelt sich dabei um die Mitglieder des Vorstandes, Mesut Ozansu, Ozan Bengisu, Nermin Aksin, Turgan Arinir, Yalcin Öztürk, Kazim Kolcuoglu, Fevzi Esatoglu, Sadi Akincilar, Ali Dogan Öztunc und Bekir Doganay.

Cumhuriyet vom 20.05.1984

Gegen Avcı wurde ein neues Verfahren eröffnet

Gegen den Vorsitzenden der Partei des Rechten Weges, Yildirim Avcı, wurde vor dem Militärgericht in Izmir ein weiteres Verfahren wegen einer Rede in Cal, Provinz Denizli, eröffnet. Gegen ihn wird eine Strafe zwischen 3 Monaten und 1 Jahr gefordert.

Hürriyet vom 23.05.1984

Dev-Yol Verfahren von Usak: 13 Todesstrafen

Vor dem Militärgericht Nr. 2 ging der Prozeß gegen 191 Angeklagte der Organisation Dev-Yol aus Usak zu Ende. Gegen 13 Angeklagte wurde die Todesstrafe ausgesprochen, 14 erhielten eine lebenslängliche Haftstrafe und 80 Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 1 und 26 Jahren verurteilt.

Cumhuriyet vom 24.05.1984

Hüseyin Kaymaz erneut zum Tode verurteilt

Hüseyin Kaymaz, Mitglied der illegalen 'Armee der umstürzlerischen Grauen Wölfe der Türkei' (TİBO), wurde vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara gestern zum zweiten Male wegen Mordes und Bombenattentaten zum Tode verurteilt. Das erste Mal war er am 2. September 1983 zum Tode verurteilt worden. Dieses Urteil aber war durch den militärischen Kassationsgerichtshof wieder aufgehoben worden. Nurettin Saritas, der in der 1. Instanz eine lebenslängliche Haftstrafe erhalten hatte, wurde dieses Mal zu einer Strafe von 15 Jahren verurteilt.

Hürriyet vom 25.05.1984

Gegen 16 Angeklagte 3 neue Verfahren

Die Militärstaatsanwalt von Istanbul hat gegen 16 Angeklagte drei neue Verfahren eröffnet. Gegen 5 weitere Angeklagte der DISK-Gewerkschaft Yeni Haber Is wurden Strafen zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 20 Jahren Zuchthaus gefordert. Gegen 9 Angeklagte von Dev-Yol wurde ebenfalls ein Verfahren eröffnet, so daß sich die Zahl der Angeklagten dieser Organisation in Istanbul auf 351 gesteigert hat.

Des weiteren kamen zwei Angeklagte der IGD hinzu, so daß nun in Istanbul insgesamt 62 Angeklagte dieser Organisation vor Gericht stehen.

Tercüman vom 26.05.1984

Der Hauptstaatsanwalt hat im Zusammenhang mit dem DYP-Verfahren neue Dokumente geschickt

Der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes, Ahmet Hamdi Boyacioglu, hat mitgeteilt, daß von der Hauptstaatsanwaltschaft neue Dokumente im Verfahren zur Auflösung der Partei des Rechten Weges eingetroffen sind. Fotokopien dieser Dokumente seien den Anwälten der Partei zugegangen, hieß es weiter. Der Berichterstatter würde nun auch noch die neuen Belege überprüfen, seinen Bericht danach anfertigen und dann könne ein Ablauf und Termin für das Verfahren angesetzt werden, sagte Boyacioglu.

Hürriyet vom 26.04.1984

Selda Bagcan machte eine Aussage

Selda Bagcan, die wegen ihres Stückes 'Galdi, Galdi' in Haft genommen worden war, mußte nun bei der Staatsanwaltschaft wegen eines Gedichtes 'Man soll es vergessen' aussagen. Dazu wurde sie unterstrengen Sicherheitsvorkehrungen mit auf dem Rücken gebundenen Händen zur Staatsanwaltschaft für Presseangelegenheiten gebracht und unter den gleichen Sicherheitsvorkehrungen wurde in das Gefängnis gebracht.

Cumhuriyet vom 26.05.1984

DHB-Verfahren: drei Mal lebenslänglich

In einem Verfahren gegen 17 Angeklagte der DHB vor dem Militärgericht Nr. 1 in Izmir wurden 3 Angeklagte zu einer lebenslänglichen Haftstrafe, 14 Angeklagte zu Strafen zwischen 4 und 16 Jahren verurteilt. Ihnen waren Aktivitäten vor dem 12. September 1980 in Aydin und Umgebung zur Last gelegt worden.

Cumhuriyet vom 26.05.1984

Verfahren gegen Eylem-Birligi

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara begann ein Prozeß gegen 22 Angeklagte der Organisation THKP/C Eylem Birligi. Gegen 7 der Angeklagten wird die Todesstrafe gefordert. Der Angeklagte Hüseyin Kunter, der aus Istanbul zum Prozeß gebracht wurde, machte dabei weitgehende Geständnisse, u.a. über 5 Bombenattentate und einen Mord. Als Grund für sein Geständnis gab er an, daß er sein Gewissen entlasten wollte. Anschließend forderte der Angeklagte eine nicht öffentliche Sitzung, weil er neben den geschilderten 6 Vorfällen noch weitere 29 Vorfälle schildern wolle. Das Gericht akzeptierte den Wunsch des Angeklagten.

Cumhuriyet vom 26.05.1984

65 Verurteilungen im Rizgari-Verfahren

Das Verfahren gegen 120 Angeklagte von Rizgari und Alarizgari ging gestern vor dem Militärgericht in Diyarbakir zu Ende. 65 Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 4 Monaten und 14 Jahren verurteilt, 44 Angeklagte wurden freigesprochen.

Tercüman vom 27.05.1984

Yasar Keceli wurde freigesprochen

Der Provinzvorsitzende der Partei des Rechten Weges für Istanbul, Yasar Keceli, wurde wegen einer Rede am 11.02.84 in Üsküdar, nun freigesprochen. Ihm war vorgeworfen worden, den Eindruck zu erwecken, daß es sich um die Fortführung einer alten Partei handele.

Tercüman vom 27.05.1984

Zwei weitere Todesstrafen im DISK-Verfahren

Gegen den Vorsitzenden der DISK-Gewerkschaft Bay-sen, Abdurrahman Cevat Özhasirci, und den im Verfahren gegen die Friedensvereinigung zu einer Strafe von 8 Jahren verurteilten Maler Orhan Taylan, wurde im Zusammenhang mit dem DISK-Verfahren eine Anklage erhoben, in der gegen beide die Todesstrafe gefordert wird. In der gleichen Anklageschrift wird nich Mustafa Hulusi Güngör aufgeführt, gegen den als Experten für Tarifrecht und Schulungen der DISK eine Strafe zwischen 8 und 15 Jahren gefordert wird.

Hürriyet vom 28.05.1984

Hicabi Kocyigit verurteilt

Hicabi Kocyigit, der in Ankara angeklagt war, weil er das Verfahren gegen die MHP und Nebenorganisationen beeinflussen wollte und einige führende Staatsmänner beleidigt haben soll, wurde nun zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren, 7 Jahren und 15 Tagen verurteilt. Zuvor war Hicabi Kocyigit wegen dieses Vorwurfes zu einer Strafe von 4 Jahren und 4 Monaten verurteilt worden, der militärische Kassationsgerichtshof hatte diese Strafe aber aufgehoben.

Cumhuriyet vom 29.05.1984

Gericht schließt sich der Aufhebung der Todesstrafe gegen Ciftci an

Im Falle von Ibrahim Ciftci, der wegen Mordes an dem Staatsanwalt Dogan Öz, in den letzten 5 Jahren 4 mal zum Tode verurteilt worden war, hat das Militärgericht Nr. 1 in Ankara sich nun der Entscheidung der Kammer-versammlung des militärischen Kassationsgerichtshofes auf Auflösung des Todesurteiles angeschlossen. Ibrahim Ciftci war vorher in 1. Instanz insgesamt 4 mal zum Tode verurteilt worden, diese Urteile waren aber jedes Mal durch den militärischen Kassationsgerichtshof aufgehoben worden. Erst beim letzten Mal hatte die 1. Kammer des Kassationsgerichtshofes auf eine Bestätigung des Urteiles erkannt. Auf Antrag des Staatsanwaltes war dieses Urteil dann zur Kammer-versammlung gegangen und hier war entschieden worden, daß das Urteil aufzuheben sei.

In der Verhandlung forderte der Nebenkläger RA Veli Devecioglu eine Fristverlängerung, da er eine Erweiterung des Verfahrens aufgrund der neuen Rechtslage für sinnvoll erachte. Diesem Antrag schloß sich das Gericht an und vertagte den Prozeß.

Cumhuriyet vom 29.05.1984

7 Todesstrafen

Im Verfahren gegen 199 Angeklagten von TKP/ML TIKKO (1) in Istanbul wurden 7 Angeklagte zum Tode verurteilt. Gegen 9 weitere Angeklagte wurde zunächst ebenfalls die Todesstrafe verhängt, aus mildernden Gründen wurden sie aber bei 8 Angeklagten in lebenslänglich, bei einem Angeklagten wegen Minderjährigkeit in einer Strafe von 16 Jahren verwandelt. 129 Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 3 und 20 Jahren verurteilt.

Milliyet vom 29.05.1984

Gegen 159 Funktionäre von Yol-Is wurde ein Verfahren eröffnet

Gegen 159 Funktionäre der Gewerkschaft für 'Straße,

Bau und Reparaturarbeiter' unter der Abkürzung Istanbul Yol-Is wurde durch die Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul ein Verfahren eröffnet. Unter dem Vorwurf, die legal gegründete Gewerkschaft in eine illegale Organisation verwandelt zu haben und Aktivitäten in marxistisch-leninistischer Ausrichtung betrieben zu haben, wird gegen die 159 Angeklagte eine Strafe zwischen 8 und 15 Jahren gefordert.

Unterdessen dauern die Ermittlungen gegen 124 Verdächtige der Yol-Is, Istanbul an. Die Akten von 124 Angeklagten wurden abgetrennt, damit sich das Verfahren nicht zu lange hinauszögert.

Ann.: Es handelt sich bei dieser Gewerkschaft um eine Mitgliedgewerkschaft von Türk-Is. Diese Tatsache und die hohe Zahl der Angeklagten allein für Istanbul ist das Besondere an diesem Verfahren, tid.

Tercüman vom 30.05.1984

Deutsches Gesetz vorgezogen: 25 Jahre weniger

Ein vor Jahren in Deutschland begangener Mord wurde in Istanbul verhandelt. Halil Haldun Topal, der vor Jahren in München die deutsche Mutter seines Kindes nach der Ablehnung seines Heiratsantrages ermordet hatte, war auf seinen Antrag hin nach deutschem Gesetz angeklagt worden und hat eine Strafe von 5 Jahren Gefängnis erhalten. Wie die Zuständigen erklärten, hätte ihn nach türkischem Gesetz eine Strafe zwischen 24 und 30 Jahren erwartet.

Hürriyet vom 01.06.1984

1 Todesstrafe, 2 mal lebenslänglich, 9 Freisprüche

In einem Prozeß gegen 27 Angeklagte der Organisation THKP/C Acilciler, die zwischen 1978 und 1980 Aktivitäten in Adana entwickelt hatten, wurde das Urteil verkündet. Ein Angeklagter wurde zum Tode verurteilt, 14 weitere Angeklagte erhielten Strafen zwischen 3 Jahren und lebenslänglich und 9 Angeklagte wurden freigesprochen.

Hürriyet vom 02.06.1984

Der perverse Deutsche mit Video im Gefängnis

Der 40-jährige Deutsche Karl Rahming wurde in das Gefängnis in Söke eingeliefert, nachdem sich herausgestellt hat, daß er insgesamt 18 Kinder im Alter zwischen 13 und 15 Jahren zu sexuellen Handlungen mißbraucht hat. Karl Rahming war mit einer Yacht nach Kusadasi gekommen und hatte sich auf dem Festland in einem Camping-Platz eingemietet. Dort hat er die Kinder Videofilme anschauen lassen, sie betrunken gemacht und dann mißbraucht. Diese Szenen hat er gleichzeitig auf Video aufgenommen und ins Ausland verkauft. Das Verfahren war in Gang gekommen, nachdem sich ein 13-jähriges Kind bei seinen Eltern beschwert hatte. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, wird der Prozeß in Kürze beginnen.

Hürriyet vom 02.06.1984

Urteil im TIKKO-2 Verfahren: 10 Todesstrafen

Im Verfahren gegen 93 Angeklagte der TKP/ML TIKKO vor dem Militärgericht in Istanbul wurde das Urteil gesprochen. Wegen 13 Morden, 5 davon Sicherheitsbeamte, und Körperverletzungen bei 38 Personen wurden 10 Angeklagte zum Tode verurteilt, 2 mal wurde auf lebenslänglich erkannt, zwei Angeklagte erhielten Strafen von je 20 Jahren und 48 Personen wurden zu Strafen zwischen 3 und 15 Jahren verurteilt. 22 Angeklagte wurden freigesprochen.

e) VERHAFTUNGEN

Bei Operationen in der Provinz und den Kreisen von Izmir in der Zeit zwischen dem 17. und 25. April wurden 26 Militante der Organisation TKP/İscinî Sesi verhaftet, die Vorbereitungen für Aktionen zum 1. Mai trafen. Wie die Sicherheitskräfte mitteilten, habe man bei ihnen Flugblätter und ein Bombensprichband gefunden (Hürriyet vom 25.05.84).

In Elazığ wurden 16 Personen verhaftet, die nach dem 12. September versucht hatten die Organisation Dev-Sol wieder zu beleben (Cumhuriyet vom 25.05.84).

In Elazığ wurden nach einer Reihe von Operationen 9 Angehörige der illegalen Organisation TKP/ML Partizan gefaßt (Cumhuriyet vom 26.05.84).

Nach einer Serie von Operationen in Denizli und den umliegenden Kreisen wurden 33 Militante der Organisation Dev-Yol gefaßt. Wie es in der Mitteilung der Sicherheitskräfte heißt, kam es bei der Verhaftung zu einer Auseinandersetzung zwischen den Militanten und den Sicherheitskräften, in deren Verlauf ein Militanter getötet wurde. Die anderen 32 Personen konnten lebend gefaßt werden (Tercüman vom 27.05.84).

f) HAFTBEDINGUNGEN

Während über den Hungerstreik in Istanbul keine Meldungen in der Presse (oder dem WDR IV) waren, gab es einige Meldungen zu der Diskussion um die Haftbedingungen im Parlament. Mehrere Abgeordnete haben sich dabei dagegen beschwert, daß Ausländern der Zutritt zu den Militärhaftanstalten gewährt wurde, aber die Parlamentarier des eigenen Landes nicht in die Gefängnisse dürften.

Daraufhin meldete sich der Justizminister Necat Eldem in einer Fragestunde zu Wort und sagte zunächst, daß es allen Parlamentariern freistünde, in die Gefängnisse zu gehen, behauptete dann aber, daß es solche Parlamentarier gar nicht gebe (Hürriyet vom 26. und 29.05.84).

Aus der Meldung von Cumhuriyet am 28.05.84 geht hervor, daß die Aussage des Justizministers sich ausschließlich auf zivile Gefängnisse bezogen hat. Die Fragestunde wird hier etwas ausführlicher geschildert.

Der Abgeordnete der HP aus Sivas, Rusen İsin, hatte die Fragestunde ausgelöst. Er hatte dabei auf den Vorschlag des Justizministers Eldem verwiesen, daß man zivile Gefängnisse besuchen könne. Das reiche aber nicht, weil gerade in Europa an diesem Punkt ein großes Interesse bestehe. Die HP besitze eine ganze Reihe von Beschwerden, die man der Untersuchung des Parlamentes zur Verfügung stellen möchte.

Auch der Generalsekretär der HP, Aydın Güven Gürkan, verwahrte sich gegen den Ausspruch des Justizministers, daß es überall auf der Welt Folter gebe und gab bekannt, daß seine Partei einen Vorschlag für die Untersuchung dieses Problems einreichen werde.

Als die Diskussion auszufern drohte, griff wiederum Necat Eldem ein und sagte dieses Mal: "Es gibt überall auf der Welt Folter. Das hängt von der Erziehung einer Person, seiner Natur ab. Wichtig ist, ob die Folter systematisch betrieben wird. Die Gefängnisse stehen den Parlamentariern offen. Es gehört zu den Kompetenzen des Parlamentes einen Untersuchungsausschuß zu bilden."

Bislang war den Meldungen aber nicht zu entnehmen, ob es zu einer Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses kommen wird.

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 19.05.1984

Die USA haben kein Recht, sich in türkisch-lybische Beziehungen einzumischen

Der Sprecher des Außenministeriums, Botschafter Hasan Üner, bestätigte, daß die Reagan-Administration an die Türkei die Forderung stellte, den Führer von Lybien, Muammar Al Kaddafi, nicht in die Türkei einzuladen. Üner betonte, daß die USA kein Recht haben sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen und dies ihnen übermittelt wurde.

Tercüman vom 20.05.1984

Die deutsche Parlamentarier-Delegation reist am 18. Juni in die Türkei

Es wurde bekanntgegeben, daß die deutsche Parlamentarier-Delegation am 18. Juni unter dem Vorsitz der stellvertretenden Bundestagspräsidentin, Anne Marie Renger (SPD), in die Türkei reist.

Die deutsche Parlamentarier-Delegation wird in der Türkei u.a. den Staats- und Ministerpräsidenten besuchen und viele Kontakte aufnehmen.

Die Delegation wird bei ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik einen Bericht über ihre Kontakte in der Türkei verfassen.

Am 01.06.84 meldete WDR IV, daß die Türkei eine Delegation aus der Bundesrepublik nicht wünsche. Die Vorsitzende der Delegation, Annemarie Renger, habe den Teilnehmern der Delegation mitgeteilt, daß man bis heute keine Bestätigung des Reiseterrains von der türkischen Seite habe, tid.

Cumhuriyet vom 21.05.1984

Daimler-Benz weitet sein Betätigungsfeld in der Türkei aus

Nachdem die Regierung dem Otomarsan die Konzession erteilt hat, alle Fahrzeuge des Daimler-Benz in der Türkei zu produzieren, wird in der ersten Etappe eine Investition in Höhe von 160 Millionen DM geplant. Diese neue Investition wird 3000 Arbeitsplätze schaffen.

Tercüman vom 23.05.1984

Strauß in Istanbul: "Wir werden die Türkei vom US-Monopol befreien"

Der Vorsitzende des Kontrollrats der Flugzeugherstellerfirma 'Air-Bus', Franz Joseph Strauß, traf in der Türkei ein, um für diese deutsch-französisch-spanisch-englische Koproduktion zu werben. Strauß sagte bei der Ankuft auf dem Flughafen: "Wir sind da, um Sie über die A-130-Flugzeuge zu informieren, die den Erfordernissen der Turkish Airlines optimal entsprechen. 'Air-Bus' wurde vollständig unter der Regie der europäischen Länder gegründet. Wir wollen in der Türkei, die ein europäisches Land ist, dem amerikanischen Monopol ein Ende setzen."

Cumhuriyet vom 23.05.1984

Außenministerium: Unsere Initiative in der Golfregion ist auf diplomatische Mittel beschränkt

Die Türkei hat erneut auf die Gefahr hingewiesen, die in den Entwicklungen in der Golfregion steckt. Sie hat aber zugleich darauf hingewiesen, daß sie nicht beabsichtige, zwischen Iran und Irak zu vermitteln.
Der Sprecher des Außenministeriums, Botschafter Hasan Uner, sagte ferner: *„Die Entwicklung in der Golfregion könnte dazu führen, daß die Türkei einige Aufgaben übernimmt. Unsere Initiative wird aber auch in diesem Fall auf diplomatische Mittel beschränkt sein.“*

Milliyet vom 24.05.1984

Özal traf an der Spitze einer 102-köpfigen Delegation in Lybien ein

Ministerpräsident Turgut Özal ist für einen 4-tägigen Besuch in Lybien eingetroffen. Özal erklärte, bevor er nach Lybien reiste, daß es bei seinen Gesprächen um bilaterale Beziehungen und internationale Probleme gehen werde. Özal wies darauf hin, daß die bilateralen ökonomischen und sozialen Beziehungen insbesondere in den 80er Jahren enorm zugenommen haben und dabei den türkischen Bauunternehmern ein sehr wesentlicher Stellenwert zukommt.

Tercüman vom 25.05.1984

Doppelte Vereinbarung in Lybien

Ministerpräsident Turgut Özal stattet Lybien einen offiziellen Besuch ab. Özal wurde gestern Nacht von Kaddafi empfangen. Außerdem sprach Özal mit den Bauunternehmern in Lybien und versprach ihnen staatliche Unterstützung und Hilfe.

Tercüman vom 26.05.1984

Das Europa-Parlament hat zwei Türkei-Beschlüsse gefaßt

In der gestrigen Sitzung des Europa-Parlaments wurden zwei Türkei-Beschlüsse angenommen, die die Normalisierung der Beziehungen zur Türkei von gewissen Bedingungen abhängig machen und die Erwartungen in bezug auf die Achtung der Menschenrechte formulieren.

Cumhuriyet vom 30.05.1984

Mit Irak wurde ein Vertrag im Werte von 1 Milliarde Dollar geschlossen

Die 3-tägige Reise von Ministerpräsident Turgut Özal nach Irak geht heute zu Ende. Özal wurde gestern von Saddam Hüseyin empfangen. Es wird berichtet, daß es bei dem Gespräch hauptsächlich um die Beendigung des Krieges ging und die Haltung der Türkei in diesem Krieg zur Sprache kam.

Der wichtigste Aspekt der türkisch-irakischen Beziehungen ist der ökonomische und dieser wurde in einem Vertrag berücksichtigt. Der Vertrag sieht vor, daß 70% der Exporte der Türkei an Irak auf Kreditbasis getätigt werden und dazu der Irak sich verpflichtet, in der Türkei Waren im Werte von 1 Milliarde Dollar zu kaufen. Ferner sieht der Vertrag vor, daß die Türkei Irak einen Kredit in Höhe von 700 Millionen Dollar gewährt.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 18.05.1984

Die ILO forderte die Veränderung der Arbeitsgesetze

Die ILO hat an die Özal-Regierung ein Schreiben geschickt, in dem sie darauf hinwies, daß das Gesetz

Nr. 2822, das das Tarif- und Streikrecht regelt, zum Teil der Vereinbarung Nr.98 der ILO nicht entspricht, obwohl diese Vereinbarung auch von der Türkei unterschrieben wurde. Die ILO forderte die Özal-Regierung auf, das Gesetz Nr. 2822 in den Artikeln zu ändern, die das Tarifrecht einschränken.

Milliyet vom 19.05.1984

Weder die Inflation noch die Arbeitslosenzahl sank

Die Regierung hat in den ersten 5 Monaten ihrer Amtszeit die meisten ihrer Versprechen nicht einhalten können:

Verwirklicht wurden

- * Quittungspflicht
- * Der Import wurde zum Teil liberalisiert
- * Auslandsreisen, Import und Export wurden freigegeben
- * Wohnungsbaufonds wurde gegründet
- * Landwirtschaftskredite wurden erhöht
- * Das Gesetz zum Verkauf der staatlichen Betriebe wurde verabschiedet

Nicht realisiert werden konnten

- * Der Mittelstand konnte nicht gestärkt werden
- * Die Inflationsrate konnte nicht auf 25% gedrückt werden
- * Die Preiserhöhungen konnten nicht gebremst werden
- * Die Arbeitslosigkeit konnte nicht abgebaut werden
- * Die Preise für landwirtschaftliche Produkte konnten nicht rechtzeitig gezahlt werden
- * Die Warnungen der politischen Parteien wurden nicht ernst genommen

Milliyet vom 22.05.1984

„Ein Kreditvolumen in Höhe von 800 Milliarden Lira kann man in den Wind schreiben“

Es wurde behauptet, daß 700-800 Milliarden Lira des insgesamt 2,8 Billionen Lira starken Kreditvolumens in den Wind zu schreiben seien. Sollte die Regierung keine Maßnahmen ergreifen, so müßte ein Großteil der Banken liquidiert werden. Diese Behauptungen wurden vom Generaldirektor der Sekerbank, Yalcin Amanvermez, in der Wochenzeitung *„Yanki“* geäußert.

Hürriyet vom 25.05.1984

MISK nahm ihre Tätigkeit auf

44 Monate nach der Operation am 12. September 1980 durfte die MISK (Konföderation der nationalistischen Arbeitnehmergewerkschaften) aufgrund einer Wiederzulassung der Kriegsrechtskommandantur ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Der stellvertretende Vorsitzende der MISK, Mete Besen, sagte bei der Übernahme der Konföderation vom Treuhändergremium: *„Wir werden auf unserem Weg weitergehen, dort wo wir aufgehört hatten. Wir treten wieder ins Arbeitsleben. Wir übernehmen erneut Verantwortung.“*

Cumhuriyet vom 26.05.1984

Das Finanzministerium sucht nach Scheinexporteuren

Das Finanz- und Zollministerium sucht nach Firmen, die Scheinexporte tätigen. Die Untersuchungen lassen sich in 4 Punkten zusammenfassen:

1. Steuerhinterziehung in Form von unberechtigten

- Steuerrückzahlungen
- 2. Steuerhinterziehung in Form von Einbehaltung der Körperschaftssteuern
- 3. Übertretung des Strafgesetzbuches durch Urkundenfälschung
- 4. Schmuggel

Milliyet vom 31.5.1984

Die Grenzen der Freihandelszonen wurden bekanntgegeben

Durch einen Zusatzbeschluß des Kabinetts zu dem Beschluß vom 17. Mai wurden die Grenzen der Freihandelszonen in Antalya und Mersin bekanntgegeben. Hiernach wurden in Antalya ein Territorium von 3.000 Dönüm und in Mersin 2.800 Dönüm zu Freihandelszonen erklärt.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 22.05.1984

Sunalp: Wir wollen eine Amnestie, aber haben nicht genügend Stimmen

Der Vorsitzende der MDP, Turgut Sunalp, sagte, daß sie stark für eine Amnestie der Schicksalsopfer eintreten, daß sie aber nicht genügend Stimmen im Parlament hätten. Er meinte am Ende seiner Erklärung, daß sie für eine breitangelegte Amnestie seien, aber weder eine politische Amnestie noch eine Amnestie für unmoralische Verbrechen wünschten.

Hürriyet vom 22.05.1984

38 Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht

In Antalya wird mit dem Abriß jener Elendsviertel (gecekondu), die nach dem 2.6.81 erbaut wurden und deshalb nicht unter die Bauamnestie fallen, fortgefahren. Im Stadtteil Kümeevler wurden in einer Stunde 38 Bauten abgerissen. Die Zuständigen sagten, daß diese Aktion vollkommen legal seien, die Bewohner aber weinten sehr.

Tercüman vom 25.05.1984

Agah Oktay Güner wurde zum Vorsitzenden des Beratenden Ausschusses der Parlamentarierunion

Der ehemalige Handelsminister und Abgeordnete aus Konya, Agah Oktay Güner, wurde zum Vorsitzenden des Beratungsausschusses der Vereinigung der Parlamentarier gewählt.

Anm.: Agah Oktay Güner ist im MHP-Verfahren unter Todesstrafe angeklagt, tid.

Cumhuriyet vom 23.05.1984

Die Wahlen werden an 93 Orten wiederholt

Der Vorsitzende des Wahlausschusses, İsmet Yankıoğlu, gab bekannt, daß die Kommunalwahlen vom 25. März 1984 in 93 Ortschaften wiederholt werden müssen.

Cumhuriyet vom 24.05.1984

Tuncsiper: Ich kann meinen Amnestievorschlag auch wieder zurückziehen

Der Abgeordnete der ANAP aus Balıkesir, Necat Tuncsiper, sagte, daß er auf die Begründung der Ablehnung

seines Amnestievorschlages durch den Rechtsausschuß warte. Er sagte weiter, daß er seinen Vorschlag zurückziehen würde, wenn er zeitlich falsch gestellt worden sei.

DIE ERKLÄRUNG DER "geistigen Führungsschicht"

Die Erklärung von zunächst 1256 Personen aus der geistigen Führungsschicht des Landes, die wir im letzten tid teilweise veröffentlicht hatten, schlägt in der Türkei weiter hohe Wellen. Auf der Pressekonferenz am 18.05.1984 hatte sich Ministerpräsident Turgut Özal damit auseinandergesetzt. Er konnte zu jenem Zeitpunkt die Frage einer möglichen Veröffentlichung noch nicht beantworten, weil dies Sache der Kriegrechtskommandanturen sei, hatte er gesagt. Die Anwesenheit von ausländischen Journalisten aber war dann wohl ausschlaggebend dafür, daß dieses zunächst verhängte Publikationsverbot aufgehoben wurde. Cumhuriyet veröffentlichte daraufhin am 19.05.1984 den kompletten Text mit allen Unterschriften.

Staatspräsident Kenan Evren ließ denn auch nicht lange mit einer Reaktion warten. Anlässlich der 100 Jahresfeier des Jungengymnasiums in Istanbul (eine deutschsprachige Schule) am 21.05.84, wies er daraufhin, daß nicht jeder von sich behaupten könne, ein "Intellektueller" zu sein, Außerdem würde man als "Intellektueller" in der Minderheit sein und die Mehrheit verstimmen, wenn man nicht aufpasse.

Am 22.05.84 wird auch gemeldet, daß im Zusammenhang mit der Erklärung ein Ermittlungsverfahren angestrengt wurde. Als Erste werden Prof Göksele und Prof. Savcı verhöört (23.5.84) Sodann heißt es, daß allein in Istanbul 542 Personen im Zusammenhang mit dieser Erklärung vernommen werden. In der Zwischenzeit melden sich verschiedene Personen, die ebenfalls die Erklärung unterschreiben. Einer davon ist der ehemalige Senator für Erzincan, Niyazi Ünsal, (WDR IV vom 22.05.84). Die Zahl der Unterschreibenden steigt schließlich auf 1383 an (Nokta vom 28.05.1984). In der Ausgabe von Nokta am 28.05.1984 wird ein Interview mit einem der Initiatoren der Erklärung der 'Geistigen Führungsschicht', Aziz Nesin, wiedergegeben. Hierin sagt er, daß man bewußt eine Definition des Ausdruckes 'aydın' vermieden habe. Es sei ihnen um Personen mit gesellschaftlichem Rang gegangen und deshalb seien sowohl Künstler als auch Wissenschaftler darunter. Es habe einen Vorbereitungsausschuß mit 14-15 Personen gegeben. Der Text sei sehr breit diskutiert worden und man habe ihn auch 7-8 Mal umgeschrieben.

Am gleichen Tag äußert sich Staatspräsident Kenan Evren nun ausführlicher zum Text. Wir geben diesen Text in etwas ausführlicherer Weise wieder:

"... Es gibt zwei Arten von Feinden, äußere Feinde und leider auch innere Feinde. Das Gefährlichste sind die inneren Feinde. ...

Die Diskussion der Menschenrechte im Ausland verletze unsere Ehre. Wir wissen, wer das diskutiert, das wissen wir sehr gut. ...

Sie sagen, daß Folter ein Verbrechen an den Menschen ist. Sie haben Befürchtungen. Wir behaupten ja nicht, daß Folter kein Verbrechen ist. ...

Dann sagen sie noch folgendes: das demokratische System sei nicht verantwortlich für die fürchterlichen Terroraktionen, die wir erlebt haben. ... Hätten wir gemeint, daß es wegen des demokratischen Systems ist, wären wir nicht zur Demokratie zurückgekehrt. Im Kampf gegen den Terror muß man sich an rechtsstaatliche Prinzipien halten. Als ob wir uns von rechtsstaatlichen Prinzipien entfernt hätten. ...

Sie sagen, man soll die Todesstrafe abschaffen und verhängte Todesstrafen nicht vollstrecken. Nun, hier legen sie ihre eigentliche Absicht bloß. Tod ist keine schöne

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.5.1984:

Einmal im Jahr läßt man in Konya die Derwische tanzen
Fundamentalisten auch in der Türkei/ Von Bernhard Heimrich

KONYA, im Mai. Auch die Türken haben ihren „Chomeini“: er heißt Mevlana Dschelaleddin Rumi. Der islamische Mystiker, Gottesgelehrter der Ekstase, Dichter, der seine Werke in persischer Sprache schrieb, ist Gründer des Ordens der „tanzenden“ oder „heulenden“ Derwische. Sein Glaube, seine Lehre, seine Entrückung sind in der Interpretation fundamentalistischer Muslims die Gegenposition zu alldem, was einen islamischen Staat und seine Gesellschaft modern, fortschrittlich, westlich, überhaupt weltlich macht. Für ein muslimisches Entwicklungsland sind seine (fundamentalistischen) Anhänger naturgegeben die potentiellen religiösen Konterrevolutionäre.

Nur — Rumi tritt nicht heute auf, und erst recht nicht ist er eine Staatsperson. Auch war er kein Fundamentalist, sondern in den Augen seiner Zeitgenossen eher ein Liberaler, wenn nicht ein „Ketzler“. Er ist vor mehr als siebenhundert Jahren gestorben, am 17. Dezember 1273 bei Sonnenuntergang, wie überliefert wird. Doch für seine Gläubigen und in ihnen lebt er weiter, ist er nur entrückt. Sein Grab in Konya, einer Stadt auf der Anatolischen Hochebene im Landesinneren auf der Höhe von Izmir, ist ein Wallfahrtsort — jemand hat gesagt: die „Kaaba der Türken“. Seine Anhänger leben nicht nur in der Türkei. Man weiß von einer Weltkarte, auf der Orte, Stützpunkte seines Ritus eingezeichnet sind; Denkmäler einer Missionierungs- oder Wanderbewegung bis hin zur Gastarbeiterwanderung unserer Zeit. Danach sind Derwisch-Gläubige in Afrika zu finden, in Amerika und auch in der Bundesrepublik. Doch erst eine weitere Besonderheit gibt der türkischen „Chomeini“-Gestalt ihren aktuellen politischen Rang: es ist verboten, an seinem Grab zu beten.

Konya, eine schnell gewachsene Stadt von 400 000 Einwohnern, ist wie etwa Tschestochau in Polen keineswegs das, was man sich unter einem nationalen Wallfahrtsort vorstellt; es ist eine Industriestadt auf türkisch. Zementfabriken, Zuckerverarbeitung, die Provinzverwaltung sind die Hauptarbeitgeber. Das Kloster des Ordens der tanzenden Derwische ist bei der „Modernisierung“ des Landes durch Kemal Atatürk in den zwanziger Jahren in ein Museum umgewandelt worden, der Orden wurde aufgelöst. Sein Kloster sollte eine säkularisierte Gesellschaft nicht mehr zur Verehrung anhalten, sondern ihr nur vorführen, daß es einmal Zeiten gab, in denen dies ein Ort der Verehrung, um nicht zu sagen der Verirrung, war. So gesehen, fehlt über dem Eingang dieses Klosters eigentlich nur noch ein Spruchband von der Art, wie es mit anderen Voraussetzungen in einem ganz anderen Kloster in einem ganz anderen Land zu sehen ist: die Parole „Religion ist das Opium des Volkes“ im Höhlenkloster-Museum von Kiew. Türkische Gesprächspartner erläutern die Auflösung des Ordens von 1925, man müsse sich vorstellen, die Derwisch-Bewegung sei damals mit ihren Auswüchsen so etwas Ähnliches gewesen wie manche fanatischen Sekten im heutigen Amerika, die selbst „ganz moderne“ Menschen in einen rauschhaften Bann ziehen — bis hin zum Massenselbstmord im Urwald von Guyana.

Wie in den dunklen Gängen jenes Höhlenklosters von Kiew wüßte der Fremde auch im Mevlana-Kloster von Konya nicht zu sagen, wer von den stillen Gästen als Museums-Besucher kommt oder als verkappter Pilger, wo die Neugier aufhört und die Verehrung anfängt, wo historisches Interesse nur Tarnung ist für stummes Beten. Das Grabmal des Mystikers ist umzäunt von einem silbernen Gitter, davor hat die Museumsverwaltung noch einmal mit einer Kordel den Zutritt verwehrt. Eine Hinweistafel, wer denn hier so herausgehoben ruhe, ist nicht zu sehen; es heißt, sie sei kürzlich entfernt worden. An dem Silbergitter hängt nur ein Schild, das mittelt: „Sogenannter Silberküfig, gefertigt von Meister Kalemдар Ilyas für Mahmud Pascha, 15. Jahrhundert.“ Nichts darüber, wen denn nun dieser Mahmud Pascha damals dieses Grabschmucks für würdig hielt.

In diesem Museum achten die Wächter auf die Besucher, nicht auf die Exponate. Als ein älterer Türke über die Kordel steigt, um wenigstens den Silberküfig zu berühren, ist der Wachmann schon zur Stelle; ein anderer Besucher, der sich vor dem Sarkophag stumm auf den Boden wirft, hat kaum mit der Stirn die Steinplatten berührt, da ist er schon auf- und davongescheucht; ein Paar versucht hastig, sein Gebet im Hintergrund an einer Seitenwand des Saals zu verrichten, die Frau drei Schritte hinter dem Mann; das Personal scheint die ganze Zeit nur darauf gewartet zu haben. Jetzt bringt eine Mädchenschulklasse, an die zwanzig Kinder in ihrer schwarzen Uniform, für einen Moment Lebenslärm in das stille Zwielflicht der Halle; der Lehrer führt sie an dem Grab vorbei wie an einer beliebigen Vitrine, und in den Kindergesichtern ist nicht verstoßene Ergriffenheit zu sehen, sondern diszipliniertes Desinteresse, Vorfremde auf den Rest des Wandertages.

Wie virulent der Fundamentalismus in der Türkei angesichts der islamischen Revolution der gar nicht so fern Ajatollahs in Wirklichkeit ist, wagt ein Fremder nicht zu schätzen. Es heißt, jüngst hätten hohe türkische Regierungsbeamte demonstrativ eine Wallfahrt nach Mekka unternommen. Die Absicht Ankaras, im Konflikt zwischen Iran und dem Irak neutral zu bleiben, verrät ebenfalls politische Sogkraft des Fundamentalismus-Syndroms. Ein amerikanischer Beobachter in Ankara faßt seine Eindrücke so zusammen: „Heute scheint das Gefühl zu herrschen, die Türkei habe gar keine andere Wahl, als auf dem westlichen Weg weiterzugehen, den Atatürk eingeschlagen hat — und sei es nur deshalb, weil man auf diesem Weg schon viel zu weit gegangen sei, als daß man noch umkehren konnte.“

Einmal im Jahr dürfen die verbotenen Derwische in Konya tanzen — für die Touristen, am 17. Dezember, dem Todestag. Dann findet auch eine — wissenschaftliche — Veranstaltung über die Geschichte des Ordens statt, an der Gäste aus aller Welt teilnehmen. „Tanzen Eure Derwische heute tatsächlich für Touristen?“ fragt man einen Türken im Schatten des Mevlana-Museums. „Unsere Derwische sind listig“, antwortet der; „sie tanzen nur zum Schein für die Fremden; in Wirklichkeit tanzen sie für ihren Herrn.“

Sache, niemand wünscht es. ... Aber die Todesstrafe ist in unseren Gesetzen. Das ist nicht nur bei uns, sondern in vielen Ländern der Welt so. ...

Natürlich wollen sie, daß die Todesstrafe aufgehoben wird und sie ihre Aktionen leicht durchführen können. Eine ihrer grundsätzlichen Absichten ist es, daß eine breitangelegte Amnestie erlassen wird. Mit breitangelegter Amnestie sind jene gemeint, die in Terroraktionen verwickelt waren. Nicht die anderen Gefangenen. Sie wollen eine solche Amnestie. Wir wissen, was sie wollen und haben deshalb einen Artikel in die Verfassung aufgenommen. ...

Wir kriegen zu Ohren, daß sie sich über eine verzögerte Gerichtsbarkeit beschweren, wir haben die Gerichtsbarkeit aber nicht neu geschaffen. ...

Die Individualrechte müsse man erneut aufgreifen. Unsere Verfassung von 1961 war eine Verfassung, die den Individualrechten mehr Bedeutung beigemessen hat. Die Verfassung von 1982 wiederum gibt der staatlichen Autorität die Kraft. Sie wollen wieder die Verfassung von 1961. Wir kennen die Sorgen, die wir wegen der Verfassung von 1961 gehabt haben. Man soll alle Arten von Gedankenproduktion schützen. Das heißt, es sollen alle Arten von marxistischer, leninistischer, maoistischer, faschistischer Literatur publiziert und in den Läden verkauft werden, das wollen sie. Keine Plünderung, meine Landsleute.

Eine andere Sache, die sie wollen, ist die Pressefreiheit. Wir haben die Pressefreiheit nicht angetastet. Es gibt im Lande derzeit Ausnahmezustand. Wenn der Ausnahmezustand aufgehoben sein wird, wird es mit der Pressefreiheit noch besser sein als jetzt.

Dann soll die Autonomie des TRT gesichert werden. ... Wir wissen, wie im TRT kommunistische Propaganda gemacht wurde.

Ein Wunsch ist es, die Universitäten von der Kontrolle und der Überwachung des Staates fernzuhalten, sie sollen Verwaltungsautonomie erhalten, es wurde gelehrt, wie die Anarchie Wurzeln gefaßt hat. ...

Ich werde bis zum Tode gegen eine Änderung der Verfassung eintreten, deren Bürge ich bin. ... Ich werde in der Verfassung nicht von hier und da Löcher anbringen lassen. Die Kreise, die sich selbst als Intellektuelle bezeichnen, wissen alles besser, was ihr, was wir denken, ist nicht wichtig. Wir haben viele Intellektuelle gesehen, die Landesverräter waren. Es gab Dichter, die ins Ausland geflohen sind. Sie haben in anderen Ländern Unterschlupf gefunden und sind dort gestorben. War er etwa kein Intellektueller, was soll ich mit einem solchen Intellektuellen anfangen? ...

Wie Atatürk schon gesagt hat, wir sind die Massen, die keine Privilegien, keine Klasse kennt und zusammengewachsen ist. Wenn wir in solche Klassen aufgeteilt werden, dann ergeht es uns schlecht. ..."

Und noch eine Bemerkung aus der Rede von Alasehir:
" ... Sie führen einen Hungerstreik durch, wer stirbt. Stirbt ein Mensch, der 15 Tage nichts ißt. Sie machen einen Monat Hungerstreik. Und wieder sterben sie nicht. Das heißt, von irgendwoher bekommen sie zu essen. Ihr Ziel ist es, zu streiken, um damit zu gewährleisten, daß eine Amnestie erlassen wird. Unser Volk vergibt und verzeiht. Ein anderes Volk hätte sie zerschlagen. ..."

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen widerspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Türkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafte
Nokta	Wochenmagazin, türkische "Spiegel"
WDR IV	40-minütige "Gastarbeiter"-sendung, täglich

IMPRESSUM

TÜRKEI-INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE

V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford

Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM

Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:

Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig